

16. Sitzung des Finanzausschusses

Sitzungsort: Kreishaus Aurich, Sitzungssaal 1.106, Fischteichweg 7 - 13, 26603 Aurich		
Sitzungsdatum: 06.09.2013	Sitzungsbeginn: 14:03 Uhr	Sitzungsende: 15:07 Uhr

Mitglieder / Anwesende	Fraktion Gruppe	Funktion Anmerkung
Vorsitz		
Thiele, Otto	SPD	
Mitglieder		
Agena, Garrelt	GRÜNE	
Bontjer, Johann	CDU	
Dirksen, Dieter	CDU	
Griesel, Sigrid	GFA	
Harms, Antje	SPD	
Harms, Erich	SPD	Vertretung für Herrn Bernd Hasbach
Jeromin-Oldewurtel, Beate	GRÜNE	
Kleinert, Ingeborg	SPD	
Siebels, Wiard	SPD	
Strömer, Wilhelm	FW	
Weilage, Udo	CDU	
Grundmandat		
Roß, Jan	DIE LINKE.	
Verwaltung		
Dettmers, Hanna		Protokollführerin
Saathoff, Irene		
Weber, Harm-Uwe		

Nicht anwesend:

Mitglieder

Akkermann, Hermann	SPD
Hasbach, Bernd	SPD

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

1.	Eröffnung der Sitzung
2.	Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
3.	Feststellung der Tagesordnung
4.	Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung vom 13.06.2013
5.	2. Budgetbericht 2013
6.	Verschiedenes, Wünsche, Anregungen
7.	Schließung der Sitzung

Öffentlicher Teil:**TOP 1 Eröffnung der Sitzung**

Vorsitzender Thiele eröffnete um 14.03 Uhr die 16. Sitzung des Finanzausschusses. Er begrüßte den anwesenden Vertreter der Presse und die Vertreter der Verwaltung. Auf Antrag des Vorsitzenden Thiele wurde vereinbart, die Tagesordnung um den Tagesordnungspunkt

-Feststellung der Tagesordnung

zu erweitern.

Die nachfolgenden Tagesordnungspunkte verschieben sich dementsprechend.

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit



Vorsitzender Thiele stellte die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest. Abgeordneter Harms nahm für den Abgeordneten Hasbach an der Sitzung teil. Abgeordneter Röben, der den Abgeordneten Akkermann vertreten sollte, war verhindert.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung

Es gab keine Einwände gegen die Tagesordnung. Abgeordnete Griesel bat in diesem Zusammenhang darum, dass in Zukunft auf der Tagesordnung der Punkt „Anfragen“ aufgeführt werde, wie es die Geschäftsordnung für den Kreistag und die Ausschüsse vorsehe.

Die Tagesordnung der 16. Sitzung des Finanzausschusses wurde genehmigt.



Abstimmungsergebnis:

 Ja-Stimmen: 12 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0
 einstimmig beschlossen

TOP 4 Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung vom 13.06.2013

Die Niederschrift über die 15. Sitzung des Finanzausschusses vom 13.06.2013 wurde genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

 Ja-Stimmen: 11 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 1 wegen
 Nichtteilnahme
 einstimmig beschlossen

TOP 5 2. Budgetbericht 2013

Frau Saathoff stellte den 2. Budgetbericht 2013 (Anlage 1) vor und erklärte einleitend, dass die Auswertung auf Basis der Zahlen zum 30.06.13 erfolgte. Da die Vorstellung, durch die Sommerferien bedingt, nun erfolge, seien bei den größeren Ämtern die Zahlen bis dato aktualisiert worden. Zum Teilhaushalt „Deckungsmittel“ konnte Frau Saathoff berichten, dass die Bescheide zu den Finanzausgleichszahlungen Anfang Mai eingegangen seien und dementsprechend aus dem Finanzausgleich und der Kreisumlage Mehrerträge von ca. 1.500.000 Euro zu verzeichnen seien. Bedingt durch das niedrige Zinsniveau, wenngleich seit dem letzten Budgetbericht eine ansteigende Tendenz zu beobachten sei, würden bei dem Ansatz für die Zinsen der Kassenkredite ca. 350.000 Euro nicht benötigt. Das Gleiche sei bei den langfristigen Krediten der Fall, hier wurden für aufgenommene Kredite in Höhe von 9 Millionen günstige Konditionen eingeräumt, ebenso für einen Kredit in Höhe von 3,5 Millionen Euro bei der KfW Bankengruppe. Des Weiteren konnten zwei Kredite günstig umgeschuldet werden und bei den Bauleistungen wurden einige Investitionen noch nicht oder später begonnen. Somit ergeben sich auch bei diesem Ansatz Einsparungen in Höhe von ca. 350.000 Euro.

Beim Teilhaushalt „Verwaltungsführung“ schlagen die Abschreibungen mit rund 1,1 Millionen Euro Mehrausgaben zu Buche, da nicht nur Abschreibungen für die Krankenhausumlage, sondern auch Abschreibungen für Zuweisungen an Gemeinden zur Verbesserung der kommunalen und touristischen Infrastruktur zu leisten seien.

Zum Teilhaushalt „Amt für Kinder, Jugend und Familie“ erklärte Frau Saathoff, dass die Darstellung nun auf Produktebene aufgebaut sei und nicht, wie bisher, auf Ebene der einzelnen Regionalteams, um eine bessere Zuordnung zum Haushaltsplan zu erreichen. In der schriftlichen Zusammenfassung seien die großen Positionen genannt, so dass diese Zahlen zusammengerechnet nicht das exakte Ergebnis wiedergeben, welches auf Seite acht in der Tabelle dargestellt sei. Im Vergleich zum letzten Budgetbericht, der eine Budgetüberschreitung von 517.200 Euro beinhaltete, sei die Budgetüberschreitung auf 259.900 Euro dezimiert worden.



Zum Bericht des Teilhaushalts „Sozialhilfe“ legte Frau Saathoff die Übersicht auf Seite 10 des Budgetberichts als Folie auf. Zum Thema „Asylbewerber“ im Teilhaushalt „Sozialhilfe“ wusste **Landrat Weber** zu berichten, dass die Zahl der Asylbewerber stark angestiegen sei und in den nächsten Monaten weiter ansteigen werde, u. a. , bedingt durch die Zuwanderung aus Syrien. Um die momentane Situation zu bewältigen, müssten 1, 5 neue Stellen geschaffen werden.

Abgeordneter Agena erkundigte sich, welche Aufgaben, die neu zu schaffenden Stellen beinhalten, woraufhin **Landrat Weber** erläuterte, dass Wohnraum organisiert, Möbel beschafft und die Asylbewerber betreut werden müssten.

In diesem Zusammenhang wies **Abgeordnete Kleinert** auf die Wohnungsnot hin.

Um das Budget des Teilhaushalts „Jobcenter (passive Leistungen)“ darzustellen, legte **Frau Saathoff** die Aufstellung auf Seite 12 des Budgetberichts als Folie auf. Insgesamt ergebe sich eine Budgetüberschreitung von 500.000 Euro. Beim Produkt „Leistungen für Unterkunft und Heizung“ ergebe sich ein Mehrbedarf von 400.000 Euro.

Abgeordnete Jeromin-Oldwurtel meinte, dass der Landkreis darauf hinwirken müsse, dass es sich bei den Mietverträgen, die geschlossen werden, um energetisch sanierte Wohnungen handele.

Abgeordneter Wiards wies darauf hin, dass sich trotz der Verringerung der Bedarfsgemeinschaften um 100, „die Kosten für Unterkunft und Heizung eklatant erhöhen und sich in den kommenden Jahren das Budget aufblähen werde“ und brachte als Ansatz für eine Lösung die Wärmedämmung ins Spiel.

Landrat Weber sagte, dass die Eigentümer von Häusern und Mietwohnungen laut der Energieeinsparverordnung zur Dämmung ihrer Gebäude verpflichtet seien.

Abgeordnete Kleinert berichtete, dass das Problem ein Thema im Sozialausschuss war. Einige Vermieter seien nur an den Mieteinnahmen interessiert und steckten kein Geld in die Renovierung des Wohnraums.

Abgeordnete Griesel stellte fest, dass dem neuen Mietspiegel entsprechend, die Mieten in Aurich gestiegen seien. Die Qualität der Wohnungen könne sie nicht beurteilen. Um höhere Kosten für den Landkreis abzuwenden, müsse das Jobcenter jede Anstrengung unternehmen, um die Zahl der Bedarfsgemeinschaften zu reduzieren.

Für die Zusammenfassung des 2. Budgetberichts legte **Frau Saathoff** Seite 14 des Budgetberichts als Folie auf. Insgesamt gesehen, ergebe sich eine Budgetverbesserung um 1.359.000 Euro, somit bewege sich der Landkreis gut im Rahmen des Haushaltsplanes.

Vorsitzender Thiele bedankte sich bei Frau Saathoff für die Informationen und wandte sich an die Mitglieder des Finanzausschusses, ob es Nachfragen gebe.

Abgeordneter Agena bezog sich auf die Genehmigung des Haushaltsplanes des Landkreises Aurich vom Niedersächsischen Ministerium für Inneres und Sport, in der von Rückforderungen seitens des Bundes von 9 Millionen Euro beim Jobcenter zu lesen sei und bat um Informationen dazu.

Frau Saathoff erläuterte, dass die Kosten für das Arbeitslosengeld II mit dem Bund abgerechnet und vom Bund erstattet werden. Bei der Abrechnung für Leistungen des Jobcenters werden die Einnahmen nach Bund und nach Landkreis unterschieden. Die Einnahmen, die für das Arbeitslosengeld II vom Bund geflossen seien, seien statt im Bereich



„Bund“ im Bereich „Landkreis“ verbucht worden. Dies sei auf einen Programmierfehler der Softwarefirma Prosoz zurückzuführen. Noch ist nicht entschieden, ob der Bund Zinsen geltend macht. Bei der Firma Prosoz wurde bereits Schadensersatz für die Fehlersuche geltend gemacht. Im Moment sehe es so aus, als sei kein Zinsnachteil für den Landkreis entstanden.

Abgeordnete Jeromin-Oldewurtel kritisierte, dass es nicht für eine ordentliche Buchführung spreche, wenn 9 Millionen Euro zu viel unbemerkt auf dem Konto seien. Falls sie plötzlich 900.000 Euro mehr auf ihrem Konto hätte, würde sie dieses sofort bemerken. Sie stellte die Frage, ob die 9 Millionen Euro das Jahr 2012 oder das Jahr 2013 betreffen und das Ergebnis von 2012 dementsprechend verändert wäre.

Abgeordneter Harms entgegnete, dass diese Problematik im Verwaltungsrat des Jobcenters hinlänglich erklärt worden sei und dass es sich nur um eine Verrechnung handle. Hätten die Fraktionsmitglieder miteinander kommuniziert, wäre diese Information auch bei den Fraktionsmitgliedern angekommen.

Abgeordnete Griesel erwähnte, dass sie als Mitglied des Verwaltungsrates des Jobcenters erstmals von der Genehmigung der Haushaltssatzung erfahren habe. Zu der Zahlung von 9 Millionen Euro erklärte sie, dass die Soll-Zahlen nicht mit den Ist-Zahlen verwechselt werden dürften. Es handle sich um eine Ist-Einnahme, so dass im Bereich „Soll“ nichts passiert sei.

Frau Saathoff fügte hinzu, dass diese Einnahme nur Auswirkungen auf die Finanzrechnung habe, nicht auf die Ergebnisrechnung.

Landrat Weber meinte, ohne der Abgeordneten Jeromin-Oldewurtel zu nah treten zu wollen, dass der Vergleich mit ihrem Konto eher auf 900 Euro basieren dürfe.

Zusammenfassend sagte **Vorsitzender Thiele**, dass zum Jahresende somit ein gutes Ergebnis zu erwarten sei.

Abgeordneter Bontjer mahnte, dass die Entwicklung abzuwarten sei und keiner auf die Idee käme, zusätzliche Ausgaben zu beschließen.

TOP 6 Verschiedenes, Wünsche, Anregungen

Abgeordnete Griesel fragte, ob es einen Nachtrags-Haushaltspan 2013 geben werde, da 1,5 Stellen für den genannten Bereich Asyl und weitere 1,5 Stellen, wie die Presse über die Sitzung des Schulausschusses berichtete, benötigt werden.

Landrat Weber antwortete, dass der Schulausschuss lediglich eine Empfehlung gebe, dass aus schulischer Sicht die Einstellung geboten scheint. Zuständiger Fachausschuss für Personalentscheidungen und Stellenplan sei der Personalausschuss. Es sei geplant, das benötigte Personal im Bereich Asyl vorerst über Abordnungen zu beschäftigen. Inwieweit weiteres Personal im Bereich Schulen im Einklang mit dem Stellenplan sei, werde geprüft.

Abgeordnete Jeromin-Oldewurtel erkundigte sich nach den aktuellen unbesetzten Stellen und nahm Bezug auf das letzte Haushaltsjahr, wo 48,7 Stellen nicht besetzt wurden.

Landrat Weber erwiderte, dass der Stellenplan eine Stichtagsbetrachtung sei. Es gebe immer eine Fluktuation, aber nicht in dieser Höhe.

Abgeordnete Griesel verwies auf die Seite 5 der Genehmigung der Haushaltssatzung 2013 des Niedersächsischen Ministeriums für Sport und Inneres. Hier wird darauf hingewiesen, dass ab dem 01.09.2013 Liquiditätskredite, die den genehmigungsfreien Betrag von 47,2 Millionen Euro überschreiten, unter Vorlage einer Liquiditätsplanung schriftlich genehmigt werden müssen. Ihr Wunsch sei, dass dem Finanzausschuss laufend eine Liquiditätsplanung vorgelegt werde, diese sei genauso wichtig wie die Entwicklung des Solls und sie hoffe, dass die übrigen Ausschussmitglieder diese Meinung mittragen.

Frau Saathoff erklärte, dass die Liquiditätsplanung noch nicht fertig sei. Da Herr Rewerts, Kassenleiter der Finanzabteilung, plötzlich verstorben sei, habe sie bei dem Ministerium für Inneres und Sport die Verlängerung der Frist bis zum 01.10.2013 beantragt. Die Genehmigung wurde bereits erteilt. Zurzeit betragen die bei Banken aufgenommenen Liquiditätskredite 63,5 Millionen Euro, hier seien die Kredite, die an Einrichtungen weitergegeben werden, enthalten. Für den Kernhaushalt sei der aktuelle Liquiditätsbedarf 48,3 Millionen Euro. Ziel sei es, dass die UEK gGmbH ihre Kredite selbst extern bei Banken aufnehmen solle.

Abgeordneter Agena bezog sich auf die Auflage in der Genehmigung der Haushaltssatzung, dass ab dem 01.12.2013 Liquiditätskredite für die UEK Vermögensverwaltung, die 5 Millionen Euro überschreiten, unter Vorlage einer aktuellen Liquiditätsplanung vom Ministerium für Inneres und Sport genehmigt werden müssen. Er bat darum, dass dem Finanzausschuss der Bericht zur Verfügung gestellt werde. Außerdem regte er an, zukünftig im Budgetbericht die Lage der Regiebetriebe, sprich Verluste, Risiken, zusätzliche Kosten darzustellen.

Abgeordneter Bontjer war der Ansicht, dass die Transparenz gegeben sei, da die Fraktionen durch Erhalt der Niederschriften aller Ausschüsse gut informiert seien.

Abgeordneter Agena hielt seinen Wunsch nichtsdestotrotz aufrecht.

Abgeordnete Jeromin-Oldewurtel bezog sich auf Seite 3 Nr. 1 der Genehmigung der Haushaltssatzung, wo geschrieben steht, dass, falls die Liquiditätskredite der UEK Vermögensverwaltung und des Kernhaushalts nicht ausreichen, müsse rechtzeitig eine Nachtragshaushaltssatzung erlassen werden. Es stelle sich die Frage, wann rechtzeitig sei.

Frau Saathoff entgegnete, dass dies der Fall sei, wenn die Summe des Höchstbetrages überschritten werde, zurzeit läge keine Überschreitung vor.

Abgeordnete Jeromin-Oldewurtel würde es begrüßen, wenn mit der Investitionsplanung bzw. mit der Haushaltsplanung für 2014 rechtzeitig begonnen werden würde und keine Nettoneuverschuldung stattfinden würde.

Frau Saathoff antwortete, dass man um eine Nettoneuverschuldung wohl nicht herumkomme, da alle Überschüsse des Erfolgsplanes vorerst zur Deckung des Altfehls benötigt werden. Wegen der Mittelanmeldung für 2014 seien die Ämter schon angeschrieben worden.

Frau Saathoff informierte, dass im Moment die SEPA-Umstellung viel Arbeit mit sich bringe. Bisher habe diese Aufgabe der Kassenleiter wahrgenommen. Da Herr Rewerts, der ca. 30 Jahre in der Kämmererei und Kasse gearbeitet habe, verstorben sei, habe Frau Hanekamp diese Arbeit mit übernommen. Aus diesem Grunde würden die Jahresabschlüsse, die Frau Hanekamp bearbeite, in diesem Jahr nicht realisiert werden können.

TOP 7 Schließung der Sitzung

Vorsitzender Thiele schloss um 15.07 Uhr die 16. Sitzung des Finanzausschusses.

gez. Thiele
Vorsitzender

gez. Dettmers
Protokollführerin